
Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 11.02.2026

Sitzungsbeginn: 16:32 Uhr
Sitzungsende: 18:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister und Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, Dr. Robert Reck, eröffnet um 16:32 Uhr die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

3 Genehmigung der Niederschriften vom 06.11.2025, 19.11.2025, 26.11.2025, 03.12.2025

Es werden keine Wortmeldungen hervorgebracht. Die Niederschriften werden einzeln zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Niederschrift vom 06.11.2025: 08:00:01
Niederschrift vom 19.11.2025: 07:00:02
Niederschrift vom 26.11.2025: 08:00:01
Niederschrift vom 03.12.2025: 08:00:01

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 03.12.2025 bekannt:

- Unternehmensangelegenheiten
 - Entlastung der Geschäftsführung der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) für das Geschäftsjahr 2022
 - Entlastung der Geschäftsführung der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) für das Geschäftsjahr 2023
 - Entlastung der Geschäftsführung der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) für das Geschäftsjahr 2024
 - Beschluss zur Kapitalerhöhung in der IHR GmbH und gleichzeitige Ablösung kommunaler Darlehen
- Grundstücksangelegenheit
 - Verkauf von Parkplatzflächen in der Schlachthofstraße
- Personalangelegenheiten
 - Bestellung eines Gründungsgeschäftsführers für die BUGA Dessau-Roßlau 2035 gGmbH
 - Interne Besetzung Amtsleitung Rechnungsprüfungsamt.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Dreibrod, Fraktion Freies-Bürger-Forum, zur Sitzung. Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, übergibt das Stimmrecht an Herrn Stadtrat Dreibrod. Die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses verbleibt bei 9 stimmberechtigten Mitgliedern.

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

6 Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen werden zu diesem Tagesordnungspunkt nicht erhoben. Schriftliche Anfragen wurden nicht eingereicht.

7 Beschlussfassungen

7.1 Entsendung und Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der BUGA Dessau-Roßlau 2035 gGmbH Vorlage: BV/003/2026/I-07

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck führt kurz in die Thematik ein.

Nach einem ausführlichen Meinungsaustausch stellt **Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, folgenden Änderungsantrag:

„Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau entsendet und bestellt neben dem Oberbürgermeister 7 Mitglieder, jeweils ein Mitglied aus jeder Fraktion des aktuellen Stadtrates Dessau.“

Im Nachgang einer Aussprache zieht Herr Stadtrat Picek den Änderungsantrag zurück.

Nach einer weiteren ausführlichen Aussprache wird die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Kenntnis genommen.

7.2 Betrauung der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH Vorlage: BV/169/2025/I-61

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass eine redaktionelle Änderung innerhalb der Vorlage (Anlage 3) vorgenommen wird. Der Grund hierfür ist eine geänderte Rechtsgrundlage. Danach wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN, möchte wissen, ob das Ganze, wenn es nun 10 Jahre läuft, überhaupt evaluiert wurde oder ob es sich um eine blinde Verlängerung handelt.

Herr Oberbürgermeister Dr Reck berichtet, dass dies evaluiert wurde. Man hat sich zusammengesetzt und bewertet, wie es in den zurückliegenden Jahren gelaufen ist, wo nachjustiert und wie Aufgaben verteilt werden sollen. Dies geht auch aus der Begründung des Beschlusses hervor: Eine Auseinandersetzung hat stattgefunden, und der Betrauungsvertrag wird in der jetzigen Form fortgeführt. Inhaltlich ist er sehr umfangreich.

Nach einer kurzen Aussprache wird die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

7.3 Unternehmensangelegenheiten: Jahresabschluss 2024 der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH
Vorlage: BV/380/2025/II-20BTM

Herr George, Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN, verlässt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 8 stimmberechtigte Mitglieder.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH, den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2024 mit einer Bilanzsumme von 4.951.609,42 EUR und einem Jahresüberschuss von 81.598,02 EUR einschließlich Lagebericht festzustellen.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

7.4 Unternehmensangelegenheiten: Jahresabschluss 2024 der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH - Ergebnisverwendung
Vorlage: BV/004/2026/II-20BTM

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2024 i. H. v. 81.598,02 EUR zusammen mit dem Gewinnvortrag von 767.740,35 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

7.5 Unternehmensangelegenheiten: Entlastung des Geschäftsführers der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2024
Vorlage: BV/005/2026/II-20BTM

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH die Entlastung des Geschäftsführers für das Geschäftsjahr 2024.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

7.6 Unternehmensangelegenheiten: Entlastung des Aufsichtsrates der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2024
Vorlage: BV/006/2026/II-20BTM

Aufgrund der Befangenheit nimmt Herr Ratzmann, Fraktion AfD, nicht an der Abstimmung teil.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024.

Abstimmungsergebnis: 07:00:00:01

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

8.1 BUGA 2035 - Information zum Auswahlverfahren für eine Bürgergruppe im Werkraum der drei Innovationswerkstätten
Vorlage: IV/001/2026/III-67

Frau Dr. Lott, Leiterin des Referates für Stadtgrün, stellt das Büro planzwei Hannover kurz vor. Dieses wurde mit der Konzeption, Organisation und Durchführung der Innovationswerkstätten beauftragt. Die Innovationswerkstätten haben den Arbeitstitel "Werkraum" erhalten. Warum ist man mit Plan 2 unterwegs? Man habe einen starken Partner gewonnen, der auf Bundesebene als Berater fungiert, in verschiedenen Forschungsfeldern des Bundesamtes für Bauwesen – Städtebau und Raumordnung – tätig ist und gut in Forschungsebenen vernetzt ist. Dies ist auch für die Bestimmung der Experten wichtig, die in die Werkstatt eingebunden werden sollen. Heute liegt dem Ausschuss eine Vorlage vor, die im Detail vorgestellt wird. Es geht im Wesentlichen darum, Bürger repräsentativ in die Werkstatt einzubeziehen. Der Ausschuss soll hiervon Kenntnis nehmen, weshalb es heute Thema ist. Die Vorlage wurde bereits in zwei Fachausschüssen vorgestellt: im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität sowie im Ausschuss für Kultur und Sport.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN, betritt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 9 stimmberechtigte Mitglieder.

Frau Dietze und Frau Klehn, Büro planzwei, führen anhand einer Präsentation zu der Thematik aus. Diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Nach der Vorstellung werden folgende Wortmeldungen hervorgebracht:

Herr George, Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN, ist aufgefallen, dass zwei Vertreter der Jugend im Alter von 16 bis 18 Jahren vorgesehen sind. Er fragt, warum die Altersgrenze nicht bis 21 oder 27 Jahre reicht und ob das gesetzlich geregelt ist. Weiterhin möchte er wissen, wer diese Vertreter auswählt bzw. wie die Auswahl erfolgt.

Frau Dietze erläutert, dass sie im engen Kontakt mit der Verwaltung steht und sie auf der Suche nach Schülersprecherinnen oder Vertretern, die in einer bestimmten Jugendposition stehen, sind. Zur Frage, warum nicht bis 21 Jahre: Die zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürger sind in vier Alterskategorien eingeteilt, die erste Gruppe beginnt ab 18 Jahren. Dementsprechend ist diese Gruppe durch die Zufallsauswahl bereits abgedeckt.

Man ist auf der Suche nach Personen, die sich dieser Aufgabe stellen, da in Workshop-Situationen an zwei Tagen gearbeitet wird. Für junge Personen ist dies eine große Anforderung, sich den Expertisen, Eindrücken und Aufgaben zu stellen. Deshalb ist der Wunsch, ein oder zwei Personen aus der Jugend zu finden, damit diese auch zu zweit dort repräsentiert sind und ihre Perspektive nicht untergeht. Es könne einschüchternd sein, in einer großen Runde mit Experten und Meinungen zu diskutieren. Daher ist ein gewisses Standing bei den Jugendlichen erforderlich, damit sie standhalten und ihre Perspektive Gehör findet. Es gibt keinen gesonderten Raum für Jugendbeteiligung, sondern diese Stimme soll mit in der Werkstatt verortet werden.

Nach der Meinung von **Herrn Stadtrat George** nach soll man die Jugendlichen mehr zutrauen.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, möchte wissen, wenn acht Bürger angeschrieben werden und sieben davon sagen, dass sie nicht interessiert sind, wie das Verfahren dann funktioniert bzw. wie man sich das vorstellen kann.

Frau Klehn erklärt, dass nicht damit zu rechnen ist, dass bei acht Anschreiben alle zusagen, deshalb wurden insgesamt 400 Bürgerinnen und Bürger angeschrieben, repräsentativ für die unterschiedlichen Altersgruppen und Geschlechter in Dessau-Roßlau. Man hoffe, von diesen 400 tatsächlich 24 Rückmeldungen zu erhalten. Sollten mehr als 24 Rückmeldungen eingehen, wird per Losverfahren entschieden. Die Auslosung erfolgt in der Stadt, um die Zufälligkeit in der Auswahl zu garantieren.

Herr Diederling, Fraktion AfD, verweist darauf, dass bereits in der Darstellung das BUGA-Areal definiert wurde. Ihm stellt sich die Frage, wie Einnahmen generiert werden sollen. Wenn nun ein Areal definiert ist, fragt er, ob man auch schon erkennen kann, wie Einnahmen generiert werden sollen. Es wurde zuvor über KI (künstliche Intelligenz) gesprochen. In diesem Zusammenhang möchte er erfahren, ob es Möglichkeiten der Ticketvergabe oder etwas in dieser Form gibt.

Frau Klehn berichtet, dass das Areal nicht vom Büro planzwei definiert wurden, sondern über die Machbarkeitsstudie, welche die Grundlage war. Das Büro selbst

hat keine Ideen dazu entwickelt, sondern Expertinnen und Experten eingeladen. Wie bereits bezüglich der Pflege erwähnt, werden auch ökonomische Fragen thematisiert. Jedoch erstellt das Büro selbst nicht das Konzept, sondern bereitet den Boden dafür, dass möglichst innovative Vorschläge entstehen, mit denen in Dessau-Roßlau gut weitergearbeitet werden kann.

Herr Nothdurft, Fraktion AfD, erwähnt, dass bei den drei Werkstätten auch Experten zu Gast sein werden, welche Geld kosten werden. Er fragt, ob die Stadtverwaltung transparent machen kann, welche Kosten hierfür insgesamt für jede Werkstatt anfallen.

Frau Dr. Lott berichtet, dass sich die Stadtverwaltung das Büro planzwei zur Hilfe geholt hat. Es wurde ein Kostenrahmen gesetzt, der der Kalkulation entsprach und Angebote unter diesem Kostenrahmen gestellt. Teurere Angebote wären ausgeschlossen worden.

123.000 Euro kostet die Konzeption und Organisation der Werkstatt – das ist der Leistungsteil, den planzwei erbringt. Für die Durchführung jeder Werkstatt sind 36.000 Euro vorgesehen. Ob dieser Rahmen ausgeschöpft wird, ist noch nicht bekannt. Die Stadt würde als Auftraggeber die Experten, Reisekosten, Raummieten und Versorgung während der Werkstätten bezahlen. Das ergibt voraussichtlich 108.000 Euro + 123.000 Euro.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

Die Informationsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

8.2 Neunzehnter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: IV/003/2026/II-20BTM

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, spricht einen Dank an die vier Eigenbetriebe und 26 Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, aus. Insgesamt arbeiten in der kommunalen Familie rund 3.900 Mitarbeiter. Die Unternehmen haben im Jahr 2024 über 40 Millionen Euro in die städtische Infrastruktur investiert und damit einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung geleistet.

Als wesentliche Veränderung für 2024 hebt er hervor, dass die Beteiligungsstruktur in der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) geändert wurde. Die Anteile wurden aus der Sächsischen Binnenhäfen Oberelbe (SBO) erworben, wodurch die Stadt wieder vollen Zugriff auf die IHR erhalten hat. Dies ist die wesentliche Veränderung, die an dieser Stelle besonders hervorgehoben wird.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über den Rechtsstreit zwischen Herrn Jakob Uwe Weber und der Stadt bzw. dem Stadtrat Dessau-Roßlau. Es geht um die Ergänzungswahl in Mosigkau, bei der der Wählergemeinschaft Mosigkauer Bürgerschaft und der Wählergruppe gemeinsam je ein Sitz für Mosigkau zugeteilt wurde. Vor dem Verwaltungsgericht Halle fand am 19. Januar eine mündliche Verhandlung statt. Die Klage wurde abgewiesen. Das Verwaltungsgericht Halle ist der Auffassung, dass die Sitzverteilung nach Durchführung der Ergänzungswahl in der Ortschaft Mosigkau vom 10. November 2024 rechtmäßig erfolgt ist.

Im Rahmen der mündlichen Verhandlung regte das Gericht an, in diesem Verfahren gegebenenfalls die Berufung zuzulassen. Das vollständige Urteil liegt noch nicht vor, aber die Vertretung sollen über den Verfahrensstand informiert werden. Herr J. U. Weber hat nun die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen. Das Fazit ist, dass das per Bescheid von der Verwaltung mitgeteilte Wahlergebnis vom Verwaltungsgericht bestätigt wurde.

Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, betritt die Sitzung. Frau Neumann, Fraktion CDU, übergibt ihr Stimmrecht an Herrn Stadtrat Dr. Hofmann. Die Beschlussfähigkeit verbleibt bei 9 stimmberechtigten Mitgliedern.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert weiterhin, dass am 17.02.2026 eine gemeinsame Sitzung des Haupt- und Personalausschuss mit dem Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung stattfinden wird. Dieser wurde terminiert, um mit der vorgelagerten Ausschussbehandlung im Stadtrat am 25. Februar 2025 einen Beitrittsbeschluss zum Haushalt 2026 fassen zu können. Die Kommunalaufsicht hat ein Anhörungsschreiben versendet und angekündigt, dass Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen nicht in der ursprünglich begehrten Höhe bewilligt werden können. Die Stadt kann, sofern sie dazu bereit ist, einen Beitrittsbeschluss fassen, um die Auflagen zu akzeptieren, damit die Haushaltssatzung – einschließlich Veröffentlichung – bis Ende März in Kraft treten kann. Der Beitrittsbeschluss sollte mit den Unterlagen allen zugegangen sein.

Das Landesverwaltungsamt hat auch bereits erkennen lassen, dass eine Haushaltssperre durch den Hauptverwaltungsbeamten zu verhängen ist. Diese wird mit den Unterlagen zur Verfügung gestellt. Die Ausgestaltung der Haushaltssperre für 2026 trägt im Wesentlichen den Charakter der Haushaltssperre 2025. Ziel ist, die Auflage zu erfüllen und Geld einzusparen, insbesondere den in der Verfügung genannten Betrag von 31,2 Millionen Euro im Finanzplan. Unter Berücksichtigung der Planzahlen im Haushalt ist die Notwendigkeit höherer Einsparungen begründet.

Die dritte Mitteilung von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck** ist ein nochmaliger nachrichtlicher Hinweis. Es gibt Sachverhalte oder anstehende Entscheidungen, bei denen die Mitglieder der Vertretung nach § 33 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ihr Mitwirkungsverbot prüfen sollten. Dieser Paragraph ist recht umfangreich. Die Rechtsfolge von Entscheidungen, die unter

Mitwirkungsverbot getroffen werden, ist die Unwirksamkeit der damit zusammenhängenden Beschlüsse.

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, möchte das Thema "offene Beschlussvorlagen" aufgreifen, das bereits mehrfach in den letzten Jahren durch Stadträte angefragt wurde. Konkret stellt er folgende Fragen:

1. Kann eine Liste aller offenen, nicht umgesetzten Beschlussvorlagen bereitgestellt werden?
2. Welche Top-5-Hinderungsgründe gibt es im Allgemeinen bezüglich der Umsetzung der Beschlussvorlagen, und wie kann man diesen begegnen?
3. Als Lösungsvorschlag: Wie lange würde es dauern, das Session-System fit für die volle Digitalisierung aller Anträge zu machen und welcher Aufwand wäre damit verbunden? Er hat probeweise einen digitalen Antrag gestellt und bietet sich als Test-User an, um die Optimierung zu beschleunigen.

Als konkretes Beispiel greift er einen noch nicht umgesetzten offenen Beschluss heraus, zu dem bereits schriftlich eine Anfrage eingereicht wurde: die Zusammenführung der Stadtverwaltung in der Dessauer Innenstadt, also der Umzug des Technischen Rathauses mit Umzugs- und Nachnutzungskonzept sowie finanzieller Betrachtung.

Er fragt:

- Wie ist der aktuelle Stand?
- Wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen?
- Welche Standorte wurden geprüft?
- Wurde das Dessau Center in die Prüfung einbezogen?
- Sieht die Stadt das Dessau Center weiterhin als Variante, da es ein Angebot vom Investor gibt, dieses zu nutzen?

Ergänzend fragt er: Wenn der Umzug beschlossen wurde, warum wurde aktuell eine PV-Anlage in Roßlau beantragt und geplant?

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, fragt nach, welche Anträge über Session gestellt werden können.

Herr Stadtrat Picek berichtet, dass die Möglichkeit besteht, dass die Fraktionen Anträge über das System stellen können. Bei Rückfragen kann gerne mit ihm eine Rückkopplung stattfinden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, thematisiert die Sicherheitspoller. Er berichtet, dass im Bereich der Zerbster Straße die Überfahrrampen bereits in einem schlechten Zustand sind. Er möchte erfahren, was mit den Pollern nach dem Karnevalsanzug passiert.

Frau Erxleben, Leiterin des Haupt- und Personalamt sowie Vertreterin des Beigeordneten für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, berichtet, dass die Sicherheitspoller nach der Veranstaltung eingelagert werden.

Weiterhin möchte **Herr Stadtrat George** den aktuellen Sachstand bezüglich des Spielmobils erfahren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet, dass die eingereichte Beschlussvorlage noch keine Entscheidungsreife hat. Die Aufgabe der Verwaltung ist es, dass die Beschlüsse für die Vertretung so vorzubereitet werden, dass alle Informationen vorliegen. Zum derzeitigen Punkt liegt dies noch nicht vor.

Herr Stadtrat George informiert, dass der Jugendhilfeausschuss gemäß des SGB VIII eine Sonderstellung besitzt. Er habe aus dem Jugendhilfeausschuss heraus einen Antrag an die Vertretung gestellt – ein Sonderrecht, das kein anderer Ausschuss hat. Der Antrag betrifft das Spielmobil bzw. das Zirkusmobil als Ergänzung zum aktuellen Teilplan. Er fragt, warum der Antrag nun in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters (OB-DB) hängt, statt im dafür vorgesehenen Gremium beschieden zu werden.

Seit 2024 wird versucht, das Spielmobil fahren zu lassen. Herr Stadtrat George hat mehrfach in diesem und anderen Ausschüssen sowie in bilateralen Gesprächen mit der Verwaltungsspitze versucht, die Haushaltssperre zu öffnen, damit der Eigenbetrieb DEKITA ein Mobil für über 30.000 Euro anschaffen kann – zwei lange Haushaltsjahre ohne Erfolg. Der Jugendhilfeausschuss und sein Unterausschuss hätten sich in vielen Sitzungen unter Beteiligung vieler Träger Gedanken gemacht und eine fachlich gute Alternative entwickelt. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt nun die Umsetzung und auch der Träger wartet darauf.

Es ärgert ihn, dass nun wieder DEKITA und ein weiterer Träger quasi zur Disposition stehen – das ist nie die Absicht gewesen. Der Haushalt ist noch nicht aktiv, aber es gibt ein Budget, innerhalb dessen der Jugendhilfeausschuss Entscheidungen und Beschlusskompetenzen herbeiführen kann – unabhängig von der OB-DB und vom Stadtrat. Seit zwei Wochen hängt der Beschluss in der OB-DB und ursprünglich sollte der Beschluss zur morgigen Jugendhilfeausschusssitzung auf der Tagesordnung stehen, wurde jedoch kurzfristig heruntergenommen, da die Entscheidungsreife angeblich noch nicht gegeben ist. Man habe Rücksicht genommen und ist interessiert an der Haltung der Verwaltungsspitze, aber man will nun endlich, dass das Spielmobil fährt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nimmt die Einlassung von Herrn Stadtrat George zur Kenntnis. Er erinnert daran, dass der Hauptverwaltungsbeamte ein Organ ist und man sich in dem Sachverhalt im übertragenen Wirkungskreis befindet.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, versteht die Reaktion des Oberbürgermeisters nicht, obwohl Herr Stadtrat George verständliche Ausführungen gemacht hat. Er möchte konkret wissen, woran es liegt, da man endlich zu einem Punkt kommen muss. Seit Jahren wird darum gerungen, Mittel freizubekommen, damit das

Spielmobil wieder fahren kann. Jetzt gebe es einen gesetzten Termin und einen nachvollziehbaren, guten Vorschlag – trotzdem gehe es nicht weiter. Dafür möchte er den Grund erfahren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck führt zunächst aus, dass die Entscheidungsreife und Güte einer Vorlage relevant sind, wenn darüber entschieden werden soll. Er verdeutlicht die Zeitproblematik: Er erhält beispielsweise Vorlagen am Freitag und soll am Dienstag entscheiden, wobei der Ausschuss bereits für die nächste Beratungsfolge angesetzt ist. Die Dienstberatung habe also praktisch keine Zeit, sich mit den Themen zu befassen – bei bestimmten Ausschüssen ist dies sehr auffällig. Er weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss sich an die Verwaltung wenden soll und eine gründliche Vorbereitung von Vorlagen gewährleisten soll. Es sind auch andere Beschlüsse zur Sache getroffen worden und möglicherweise muss man prüfen, ob alte Beschlüsse erst aufgehoben werden müssen, bevor neue gefasst werden.

Niemand hat Einwände gegen ein Spielmobil. Solange jedoch eine satzungslose Zeit herrscht, kann auch kein Spielmobil fahren – das gehöre dazu. Diskussionen kann man im Fachausschuss führen, aber er werde sich nicht nehmen lassen, Dinge gründlich vorbereitet in den Stadtrat einbringen zu lassen. Wenn Vorlagen erst drei Tage vor dem Ausschuss kommen, muss man einen Ausschuss warten.

Herr Stadtrat George weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss ein Antragrecht besitzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck betont, dass er das Recht besitzt Sachverhalte ordentlich vorzubereiten und vorzubereiten. Er wiederholt, dass er die Unterlagen am Freitag vor seiner Dienstberatung erhält, mit einem Termin im Ausschuss, der ihm keinen Handlungsspielräume eröffnet, weil die Unterlagen in der Regel genau dann verschickt werden müssen, damit der Ausschuss erreicht wird. Er fordert, dies mit der für den Ausschuss zuständigen Verwaltung zu klären, sodass ein Vorlauf bei Vorlagen besteht, der eine gründliche Vorbehandlung in seiner Dienstberatung ermöglicht. Dies beschneidet keinen Stadtrat und kein Gremium in seiner Beratungsfolge. Man vertut sich auch nichts, wenn etwas einen Ausschuss später behandelt wird. Es kann jedoch nicht sein, dass ihm die Dinge vorgelegt werden und er nur die Wahl zwischen "Daumen hoch" oder "Daumen runter" hat, weil der Ausschuss ansteht und er sich selbst nicht damit befassen kann.

Herr Stadtrat George berichtet, dass dieses Vorhaben seit 2024 gewollt ist und die Durchführung nur durch den Oberbürgermeister verhindert wird. Er bittet darum, dass der Oberbürgermeister in der morgigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilnimmt und seine Position vor dem Gremium erläutert.

Herr Nothdurft, Fraktion AfD, beantragt das Rederecht für Herrn Diederich, Fraktion AfD. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Diederling, Fraktion AfD, berichtet in der Funktion als stellvertretender Ortsbürgermeister von Kochstedt, dass Sorgen regionaler Unternehmen aus Kochstedt vorliegen. Diese Sorgen hat er bereits vorige Woche schriftlich mitgeteilt. Er möchte dies klar und deutlich ansprechen. Es geht exemplarisch um diverse Bauprojekte in der Stadt, insbesondere in Kochstedt – konkret um BHKW-Kraftwerk- und Kraft-Wärme-Kopplungsprojekte im Zusammenhang mit dem Ausbau grüner Wärmeerzeugung. Unternehmen kommen zu ihm und beklagen mit Sorge, dass sie an den Vergaben nicht beteiligt werden bzw. nicht beteiligt werden können, da die Vergaberichtlinien so angesetzt sind, dass regionale Unternehmen nur schwer teilnehmen können. Er hat dies in drei Fragen formuliert, welche wie folgt lauten:

1. Ist es zutreffend, dass geltende Fördermittel- und Vergaberichtlinien derzeit keine Beteiligung regionaler Unternehmen an den Ausschreibungen zum Bau der BHKW ermöglichen?
2. Sind es konkrete vergaberechtliche und förderrechtliche Vorgaben, die faktisch diese regionalen Unternehmen ausschließen?
3. Wenn dem so ist, gibt es seitens der Verwaltung Überlegungen, die Vergaberichtlinien so zu gestalten – die Möglichkeiten gebe es –, dass auch kleine und mittelständische Unternehmen aus der Region an diesen Projekten (BHKW, Kraft-Wärme-Kopplung, Ausbau grüner Wärmeerzeugung) teilnehmen können?

Er bittet mit Nachdruck um eine Antwort, da er denkt, dass die regionalen Unternehmen eine Antwort erwarten können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck fragt nach, ob sich die gestellte Anfrage um die Vergabe der Stadtwerke bezieht. Er hat heute ein Schreiben erhalten, das aus seiner Sicht in die Zuständigkeit der Stadtwerke fällt und deshalb auch an die Stadtwerke weitergeleitet. Für Vergaben, die die Verwaltung selbst macht, wird eine schriftliche Antwort erarbeitet. Bei den anderen Vergaben habe man nun die Stadtwerke um Beantwortung gebeten.

Herr Adamek, Fraktion CDU, berichtet von einer Beschlussvorlage zur Einführung der Beschlusskontrolle. Eine zuständige Mitarbeiterin bestätigte damals, dass es bereits ein Tool existiere, welches aber bisher keiner benutzt hat. Er schlägt eine einfache Exceltabelle vor, wo die Farbe rot für noch offene Beschlüsse steht, Gelb für in Bearbeitung und Grün für erledigte Beschlüsse.

Weiterhin thematisiert er die Veröffentlichung der Beantwortung der gestellten Anfragen aus den verschiedenen Gremiensitzung auf der Internetseite der Stadt. Herrn Stadtrat Adamek ist aufgefallen, dass einige Antworten nicht per Mail an die Fraktionen geschickt wurden, wie es früher üblich war. Einige Antworten sind ihm daher nicht bekannt. Er bittet um Prüfung.

Des Weiteren bittet er um eine Klärung, warum die Stadt Dessau-Roßlau nicht mehr über Google gefunden wird und man nicht mehr auf der Homepage der Stadtverwaltung landet.

Seine letzte Anfrage bezieht sich auf das Begrüßungsgeld. Dem Sachverhalt zu folge, soll einem Bürger nach einem vereinbarten Termin im Jugendamt mitgeteilt worden sein, dass das Begrüßungsgeld derzeit aufgrund der Haushaltssperre nicht mehr ausgezahlt wird. Herr Stadtrat Adamek schlägt vor, dass die Briefe nicht mehr an die Betroffenen verschickt oder sie überarbeitet werden. Er erinnert sich daran, dass das Begrüßungsgeld aus der letzten Haushaltssperre herausgenommen wurde, da es ein weicher Faktor ist.

Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, berichtet, dass durch die Bekanntmachung die Bürger wissen, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Unternehmensangelegenheiten, u. a. Zielvereinbarungen, behandelt werden. Über alle Punkte, die in nichtöffentlichen Teilen behandelt werden, ist Stillschweigen zu wahren, und nichts darf nach außen dringen. Über den Sachverhalt "Zielvereinbarung Geschäftsführer Unternehmensangelegenheit" kann jedoch ganz allgemein, ohne ins Detail zu gehen, gesprochen werden.

Im Auftrag der Fraktion weist er darauf hin, dass die sogenannten Zielvereinbarungen bürokratischer Nonsens sind. Die Splittung der Vergütung in einen festen Bestandteil und die Zielvereinbarungen bereitet nur Aufwand, erzielt keinen Leistungseffekt und ist auf Deutsch gesagt Unsinn. Die Fraktion bittet die Verwaltung, sich Gedanken darüber zu machen, dies zusammenzulegen. Es geht nicht darum, den Leuten etwas wegzunehmen – sie sollen das Geld in Summe bekommen, aber bitte als erhöhtes Festgehalt. Wenn es inhaltliche Probleme gibt, werden die Aufsichtsräte oder Stadträte sowieso darauf kommen und überlegen, ob man mit der Arbeit zufrieden ist. Diese Zielvereinbarungen, die jahrelang praktiziert werden, sind unnötiger Aufwand.

Des Weiteren beantragt er ein Rederecht für Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, informiert, dass sie ihre Beantwortung einer Anfrage per Brief erhalten sollte, aber der Brief ging im Fraktionsbüro verloren. Deshalb ist sie froh, dass die Beantwortungen im Internet veröffentlicht werden. Weiterhin ist sie verwundert, dass sie einen analogen Brief erhalten hat, obwohl man so etwas auch per Mail versenden kann.

Weiterhin spricht sie die unbeantwortete Anfrage, bezüglich der Bundesgartenschau 2035, aus der Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025 an. In Vorbereitung auf die Sitzung des Stadtrates am 25.02.2026 bittet sie um Beantwortung der Anfrage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert eine schriftliche Beantwortung vor der Sitzung zu.

Frau Stadträtin Richter bittet darum, dass diesbezüglich eine Informationsvorlage erarbeitet wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet, dass Anfragen schriftlich beantwortet werden und keine Informationsvorlage erarbeitet wird.

Frau Stadträtin Richter äußert Verwunderung über die Kompetenzen der Lenkungsgruppe bei der BUGA-Planung und kritisiert fehlende demokratische Legitimation. Es wird beanstandet, dass in der Stadtverwaltung Entscheidungen über Straßenbaumaßnahmen getroffen werden, ohne dass der Stadtrat diese Gebietskulisse jemals beschlossen hat. Unklar bleiben die Zusammensetzung der Lenkungsgruppe sowie die Kriterien, nach denen bestimmte Gebiete aus der Planung ausgeschlossen und andere beibehalten wurden – beispielsweise die "große Halle". Der Stadtrat hat sich nach der Machbarkeitsstudie inhaltlich nicht mehr mit dem Thema befasst, was als Missachtung des Gremiums gewertet wird. Abschließend fordert sie eine offizielle Beantwortung der Anfrage in der Stadtratssitzung mittels einer ordnungsgemäßen Stadtratsvorlage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck versichert, dass die gestellten Fragen beantwortet werden und weist Frau Stadträtin Richter darauf hin, dass vor ihrer Zeit als nachgerücktes Stadratsmitglied bereits relevante Entscheidungen durch den Stadtrat getroffen wurden. Die Antworten auf ihre Fragen werden ihr zugesagt, womit die Anfrage für den heutigen Tag als ausreichend behandelt betrachtet wird.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

13 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 18:40 Uhr.

Dessau-Roßlau, 06.05.26

Dr. Robert Reck
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss